Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 1, L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 160. **Sonntag** den 29. März 1903. **97. Jahrgang.**

Für Monat

April

kann das „Leipziger Tageblatt“ zum Preise von

Mark 1,00

(Mark **1,25** bei freier Zustellung ins Haus) sowohl durch sämtliche Zeitungsspediteure, wie auch durch die nachstehenden Ausgabestellen bezogen werden.

Ausgabestellen des „Leipziger Tageblattes“:

	Telephon Nr.
Im Zentrum.	
Brühl 58, C. F. Schubert's Nachf., Kolonialwarenhdlg.	
Katharinenstr. 14, L. Lösche, Cigarrenhdlg.	2935
Ritterstr. 4, Lindesche Leihbibliothek und Buchhdlg.	
Im Norden.	
Gerberstr. 8, H. L. Krüger, Butterhdlg.	8824
Gneisenaustr. 12, B. Utzlich, i. Fa. Ida Hartmann, Papierhdlg.	
Löhrstr. 15, C. Hetzer, Kolonialwarenhdlg.	979
Dorfstr. 52 (Ecke Berliner Straße), F. W. Kietz, Kolonialwarenhdlg.	
Im Osten.	
Johannisgasse 8, Hauptexpedition	222
Ostplatz 4, Alfred Elße	
Nautische Gasse 6, F. Fischer, Kolonialwarenhdlg.	
Schützenstr. 5, J. Schümichen, Kolonialwarenhdlg.	1178
Tauchaer Str. 18, C. R. Reichel, Drogenhdlg.	8341
Im Süden.	
Arndtstr. 35, J. F. Canitz, Kolonialwarenhdlg.	3033
Bayerische Str. 45, H. Remmeister, Cigarrenhdlg.	3984
Königsplatz 7, L. Lösche, Cigarrenhdlg.	7505
Nürnberger Str. 45, M. E. Albrecht, Kolonialwarenhdlg.	
Zeitzer Str. 35, B. Küster, Cigarrenhdlg.	
Im Westen.	
Beethovenstr. 21, Th. Peter, Kolonialwarenhdlg.	3901
Frankfurter Str. 22 (Ecke Waldstr.), L. Sievers, Kolonialwarenhdlg.	
Ranstädter Steinweg 1, O. Engelmann, Kolonialwhdlg.	2151
Waldstr. 39, G. Letterlein, Kolonialwarenhdlg.	
Westplatz 32, M. Leißner, Cigarrenhdlg.	2402
In den Vor- und Nachbarorten.	
Anger-Crottendorf, B. Friebel, Cigarrenhdlg., Zweinaundorfer Str. 6, O. Oehler, Bernhardstr. 29	
Connewitz, Frau Fischer, Hermannstr. 23	
„ Fritz Koch, Pegauer Straße 17	
Eutritzsch, Robert Altner, Buchhdlg., Delitzscher Str. 25	820
Gautzsch, Joh. Wolf, Ecke Ring- und Orlyscher Str.	
Gohlis, Robert Altner, Buchhdlg., Lindenth. Str. 6	820
„ Paul Schmidt, Brüderstraße 8	
Kleinzschocher, G. Grützmann, Zschochersche Str. 7a	
in L.-Plagwitz	2586
Lentzsch, Albert Lindner, Wettiner Str. 51 in L.-Lindenau	
Lindenau, Alb. Lindner, Wettiner Str. 51 in L.-Lindenau	
Möckern, Paul Schmidt, Brüderstr. 8 in L.-Gohlis	
Neustadt, Paul Kuck, Annonc.-Exped., Eisenbahnstr. 1	
Neuschönefeld, Paul Kuck, Annoncen-Exp., Eisenbahnstr. 1	
Oetzsch, Carl Scheffel, Ecke Ost- und Wittelstr.	6475
Plagwitz, G. Grützmann, Zschochersche Str. 7a	2586
Probstheida, Reinhard Sachse, Buchbindergeschäft	
Reudnitz, W. Fugmann, Marschallstr. 1	1516
„ O. Schmidt, Kohlgartenstr 67	1739
„ Bernh. Weber, Gabelsbergerstr. 11	
Schleußig, G. Grützmann, Könneritzstr. 56	2586
Sellerhausen, O. Oehler, Anger-Crottendorf, Bernhardstraße 29, part.	
Stötteritz, O. Oehler, Anger-Crottend., Bernhardstr. 29, p.	
Thonberg, R. Häntzsch, Reitzenhainer Str. 58	
Volkmarsdorf, Paul Kuck, Ann.-Exped., Eisenbahnstr. 1	
„ Georg Niemann, Konradstr. 55 (Ecke Elisabethstr.)	
Wahren, Paul Schmidt, Brüderstr. 8 in L.-Gohlis	

Aus der Woche.

In ihrem neunundzwanzigsten Artikel bestimmt die Verfassung des Deutschen Reiches: „Die Mitglieder des Reichstages sind Vertreter des gesamten Volkes und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden.“ So nahe es liegt, an diese wesentliche Bestimmung zu erinnern, da nun der Termin für die Reichstagswahlen authentisch bekannt und damit in die Wahlbewegung eingetreten worden ist, und so sehr dieser Satz geeignet scheint, gewissermaßen über das ganze große Kapital von den Pflichten des Abgeordneten als Ueberschrift gesetzt zu werden, so möchten wir doch für eine Ausnahme von der Regel plädieren. Den künftigen Reichstagsabgeordneten sollte unseres Erachtens in aller Form erklärt werden, ihre Wahl werde geradezu davon abhängig gemacht, daß sie feierlich geloben und zusagen, den Sitzungen regelmäßig beizuwohnen, ihnen nur in den Fällen allerdringendster Verhinderung fernzubleiben. Der grandiose Reichstagsbau enthält eine solche Fülle der Beschäftigung, Erholung oder Erfrischung dienender Nebenräume, daß die regelmäßige Anwesenheit, an sich etwas Selbstverständliches, kein so ungeheuerliches Verlangen bedeutet. Daß sie aber im Interesse des Reiches unumgänglich notwendig ist, hat sich gerade wieder im Laufe des durch die Osterpause jetzt beendeten Sessionsabschnittes auf das Krasseste gezeigt. Noch während der wichtigen, aber nicht immer erbaulichen Debatten über die Person, die Reden und die Telegramme des Kaisers in ihren Wechselbeziehungen zu den konstitutionellen Verhältnissen und der öffentlichen Meinung waren die Parteien in stattlicher Kopfzahl vertreten. Beim Etat des inneren Reichsamtes dagegen begann nur gar zu bald die Absenz chronisch zu werden. Die Verlängerung der Sitzungen durch unbedeutende oder abstruse Reden ist ja unter gewissem Gesichtspunkt kein allzu großes Unglück. Man wird mit Recht sagen können, die Lektüre dieser Reden, zu der ohnehin Niemand gezwungen wird, sei zwar langweilig, aber nicht schädlich. Und doch muß hier ein schweres Bedenken erhoben werden: der politisch empfindende und denkende Leser darf nicht abgestumpft werden, wenn wir nicht in eine Stagnation des öffentlichen Lebens geraten sollen, die über kurz oder lang den Boden für schleichende, darum aber nicht minder schädlich wirkende Reaktion abgeben würde. Es kommt hinzu, daß bei dem Fehlen einer für den Beschluß, die Debatte zu enden, erforderlichen Mehrheit die Sozialdemokratie, wie wir es im Februar schaudernd miterlebt haben, ihre Reden an die Wählerschaft von einer Tribüne aus halten, die dem „blinden Hödur“ weit mehr imponiert, als das Rednerpult in der Wahlversammlung. Wie soll er nicht zu dem Eindrucke kommen, die Worte Bebels, Stadthagens, Bernsteins und wie sie sonst heißen mögen, seien eine wertvolle und wichtige Sache, wenn er liest, wie durch Wochen Graf Posadowsky und andere hochmögende Herren nicht nur die regelmäßigen Zuhörer sind, sondern diesen Rednern auch auf allen Pfaden folgen, ihnen immer wieder Rede und Antwort stehen? Da nicht zu bezweifeln ist, daß Diäten auch in der künftigen Tagung den Abgeordneten werden vorenthalten werden, so muß auf der Präsenz der bürgerlichen Abgeordneten bestanden werden.

Es ist uns sehr wohl bekannt, daß der bisherige und hoffentlich auch künftige bürgerliche Vertreter von Leipzig zu den pflichttreuesten, regelmäßigsten Mitgliedern des Reichstages gehört. Dennoch mußte die allgemeine Beschwerde gerade jetzt wieder ausgesprochen werden, weil sie sich bei dem Rückblick auf den vorletzten Abschnitt der Legislaturperiode aus den angegebenen Gründen geradezu aufdrängt. Wurden im Januar und Februar durch dieses endlose Hinausziehen die Sitzungen unerträglich, so machte sich in den letzten Tagen eine unnatürliche Hast sehr peinlich bemerkbar. Auch hier wollen wir nicht behaupten, das habe materiell großen Schaden verursacht. Aber es schlüpft bei solchem Drange manches Wort ohne Widerspruch durch, das bei ruhigerem und gleichmäßigerem Tempo zu einer nützlichen Debatte Anlaß geben könnte. So frappierte es uns, daß Abgeordneter Porsch vom Zentrum bei der dritten Lesung des Etats den Kanzler von neuem auf die Jesuitenfrage anreden konnte, ohne daß ihm die verdiente Antwort erteilt wurde. Daß zu einer solchen Graf Bülow sich nicht aufgelegt fühlte, begreifen wir. Muß er doch, so oft er seine Additionen und Subtraktionen macht, zu dem Ergebnis kommen, daß für das Zentrum seine Zusage betreffs der preußischen Stimmen höchst wahrscheinlich nicht viel mehr Wert haben wird, als wenn er ihm etwa den Stein der Weisen versprochen hätte. Heute steht fest, daß, wenn nicht eine intensive Arbeit hinter den Kulissen Schwache zum Umfallen bringt, im Bundesrat keine Mehrheit für die von Preußen den Jesuiten zugedachte Begünstigung zu finden sein wird. Aber grade darum, und um vielleicht dieses oder jenes Rückgrat zu härten, hätte in einer Gegenrede gegen Porsch von liberaler Seite in feierlicher Form auf die große Stummbewegung hingewiesen werden sollen, die das unbedachte Wort des Kanzlers — wir sagen, zum Heile des Vaterlandes — heraufbeschworen hat. Ein nochmaliger Protest gegen die Jesuitenplage wäre um so mehr angebracht gewesen, als der Ultramontanismus sich noch immer von seiten der preußischen Konservativen nachdrücklicher Gönnerschaft erfreut. Man muß sich, um mit Poddielski zu reden, an den Kopf fassen, wenn man sieht, wie in der „Kreuzzeitung“ gegen die bayerischen Liberalen zu Felde gezogen wird, weil sie in Nürnberg die Devise „Wider das Centrum“ zur Wahlparole gemacht haben. Trotz der demagogischen Exzesse eines Schädler, eines Heim schwingt sich bei der Besprechung der bayrischen Zustände das „evangelische“ und „monarchische“ Blatt nur bis zu dem Zugeständnis auf, daß intra muros peccatur et extra. Das Organ der preußischen Konservativen hat für die partikularistischen Demagogen nur deswegen noch etwas übrig, weil sie Gegner der verhaßten Liberalen sind. Das Betrübende der Erscheinung wird nicht dadurch gemildert, daß diese Politik in einem Münchner Briefe zum Ausdruck kommt, der vermutlich ein „Nordlicht“ zum Verfasser hat, von dem man Verständnis dafür aber doch erwarten sollte, daß mit derartiger Polemik gegen die Liberalen Bayerns der nationale Gedanke nicht gefördert wird. Aber leider ist es ja sehr oft Mode, derlei Bedenken hinter dem Parteiinteresse zurücktreten zu lassen. Die klerikale „Köln. Volksztg.“, die doch sonst nicht blöde ist, befindet sich in einem ganz unverständlichen Irrtum, wenn sie aus dem Ausschlusse der Oeffentlichkeit bei dem konservativen Delegiertentage den Schluß zieht, dort sei man übereingekommen, mit dem Bund der Landwirte und den Nationalliberalen den Kampf gegen das Zentrum bei den Wahlen durchzuführen. An so etwas denken die um Roebell und Manteuffel auch nicht entfernt. Verblendet in dem Wahne, die Konservativen hätten das Hauptverdienst bei Zurückweisung der sozialdemokratischen Obstruktion gegen den Zolltarif gehabt, wetterten sie über die Liberalen als die Vorfrucht der Sozialdemokratie und proklamierten den „Kampf des Glaubens gegen den Unglauben“. Man sollte meinen, es gehörte kein allzu feines Ohr dazu, aus diesen Reden herauszuhören, daß der konservative Wind dem Ultramontanismus keineswegs ungünstig weht. Die schwarzen Herren werden wohl nicht verfehlen, sich das alsbald zu Nutze zu machen. Denn wie versteht sich das Zentrum darauf, die Kleinste der Kleinigkeiten in dem großen Zusammenhange der ultramontanen Propaganda, und sei es auch nur in Form einer Arabeske, zu verwerten! Es war gewiß nur in der Ordnung, daß an der Bahre des Freiherrn v. Heereman, der so lange Vizepräsident des preußischen Abgeordnetenhauses gewesen ist, auch die anderen Parteien den Lorbeerkranz niederlegten, der dem unparteiischen und rechtschaffenen Manne gebührt. Aber nachdem bei seiner Leichenfeier neben dem Vertreter des Kaisers preußische Prinzen und die höchsten Würdenträger wie zu einem Staatsbegräbnis erschienen sind, muß doch auch weiteren Kreisen in Erinnerung gebracht werden, daß dieser Zentrumsmann einer der schärfsten Eiferer gewesen. Wiederholt hat man von ihm die These verfechten hören, daß der Staat überhaupt kein Recht habe, den Unterricht der Jugend in seine Hand zu nehmen, daß er aus den Schranken seiner Zuständigkeit trete, wenn er über das Ordenswesen Bestimmungen treffe. Also trotz der erfreulicheren Formen auch bei diesem Manne der echteste Ultramontanismus, dasselbe Intransigententum wie bei einem Dasbach, dem der Kultusminister Studt verdächtig ist, weil ihm — ausnahmsweise — die Nationalliberalen einmal ihre Zustimmung ausgesprochen haben.

Bei solchen Zeichen der Zeit darf man nicht zurückhalten mit freudiger Anerkennung für einen Abgeordneten wie Pfarrer Hackenberg, der auch jetzt wieder auf dem Posten ist. In Kreuznach hat er in einer Parteirede der Wählerschaft sehr eindringlich zugeredet, sich endlich einmal wieder auf die großen Gesichtspunkte zu besinnen, die hinter den Fünfzig-Pfennig-Sorgen der Zolltarif-Streitigkeiten über Gebühr vernachlässigt worden sind. Gerade diejenigen Parteien, auf deren Stärke die Kultur-Interessen des deutschen Volkes angewiesen sind, werden mehr und mehr beeinträchtigt durch die Schwierigkeit der Verständigung über das wirtschaftspolitische Programm. Das Zentrum dagegen versteht die Differenzen auszugleichen, mit den allgemeinen Schlagworten des Ultramontanismus die „zentrifugalen“ Bewegungen — das Wort wird hier in seinem eigentlichen Sinne gemeint — hintanzuhalten. Möchten sich doch die wahrhaft liberalen Elemente für diesen so ungeheuer wichtigen Kampf aufraffen und konzentrieren. Man lasse endlich davon ab, mit Quisquilien wie die Einzelheiten des Dunkelkammer-Gesetzes dem weniger geschulten Leser das Augenmaß dafür zu mindern, daß der nächste Wahlkampf uns einen Reichstag bringen sollte, der das sozialdemokratische Uebergewicht ausgleicht durch eine Elite des Bürgertums. Wir müssen es wieder dahin bringen, daß für den Stand der großen deutschen Politik Sehnsucht des Zentrums nach den Jesuiten oder die Laune des „Gefangenen“ im Vatikan nicht nur nicht den „Anschlag gibt“, sondern überhaupt gar nicht in Betracht kommt.

Die politischen Wirrnisse in Oberschlesien.

In dem stark umstrittenen Wahlkreise Beuthen hat das Zentrum einen besonders klugen Streich zu vollführen geglaubt, indem es einen wasserpolnischen Bergarbeiter namens Krolik aufstellte. Es hoffte nämlich dadurch einerseits den Nationalpolen und andererseits den Sozialdemokraten den Boden zu entziehen. Nun haben aber deutsch gesinnte katholische und konservative Elemente einen Amtsgerichtsrat Antesz aufgestellt, für den wohl auch die freisinnigen Wähler des Wahlkreises eintreten werden.

Der Wahlkreis Beuthen wird also voraussichtlich mindestens vier Kandidaten aufweisen, nämlich einen Kandidaten aller deutschgesinnten Männer, einer wasserpolnischen Zentrumsmann, einen nationalpolnischen Bewerber und einen Sozialdemokraten. Da die nationalpolnische Bewegung in Oberschlesien große Fortschritte gemacht hat und da auch die Sozialdemokratie speziell in Beuthen an Anhängerschaft bedeutend gewonnen hat, so erscheint es durchaus nicht ausgeschlossen, daß der Nationalpole und der Sozialdemokrat mit einander in die Stichwahl kommen und daß sowohl die klerikalen wie die deutschgesinnten Wähler vor die Entscheidung gestellt werden, ob sie lieber einen Sozialdemokraten oder einen geschworenen Feind des Deutschtums in den Reichstag gelangen lassen wollen. Aehnlich wie hier, könnte sich auch in manchen anderen oberschlesischen Wahlkreisen die Lage gestalten.

Gewiß ist ein derartiges Dilemma für einen national und antisozialistisch empfindenden Wähler höchst fatal, aber vielleicht könnte man darin etwa gar nicht so unerwünschte Klärung erblicken. Wenn die großpolnischen Bewerber in einem seit Jahrhunderten deutschen Gebiete in die Stichwahl und dann vielleicht zum Siege gelangen, so wird die preußische Regierung dahinter kommen, daß das Deutschtum in Oberschlesien nicht weniger gefährdet ist, als in der Provinz Posen und im Regierungsbezirk Marienwerder.

Wenn anläßlich der Bewilligung der Beamtenzulagen für die Ostmark die „Kreuzzeitung“ die Frage aufwirft, ob man nicht für Oberschlesien dieselbe Maßregel hätte ergreifen und ob man nicht überhaupt generell diesen Bezirk in den Bereich der Ostmarkenpolitik hätte einbeziehen sollen, so können wir ihr nur zustimmen. Wenn es in Oberschlesien erst soweit ist, wie in Posen und Marienwerder, so wird eine Abwehr des Polentums viel schwerer sein, als heute, wo es in Oberschlesien doch immerhin noch nicht so straff organisiert ist, wie in Posen und Westpreußen. Ja, in gewisser Weise kann es in Oberschlesien noch viel schlimmer werden, als in den beiden früher polnischen Provinzen. Haben nämlich die Polen erst einmal in Oberschlesien das Zentrum aus dem Sattel gehoben, so wird dieses gute Miene zum bösen Spiele machen und die polnischen Abgeordneten Oberschlesiens ebenso als Kämpfer für die gemeinsame katholische Sache betrachten, wie es schon die Abgeordneten Strzoda und Szmula mit sauersüßer Miene acceptiert hat und wie es auch die polnischen Abgeordneten Posens und Westpreußens als Bundesgenossen und Schutzbefohlene behandelt. Dann aber wird die politische Zurückeroberung Oberschlesiens für das Deutschtum viel schwieriger sein, als die Posens und Westpreußens. In den posenschen, von den Polen umstrittenen Wahlkreisen schwankt der Anteil der katholischen Bevölkerung zwischen 40 und 86 Prozent; über 80 Prozent beträgt er nur in zwei Wahlkreisen; im Regierungsbezirke Marienwerder schwankt der Anteil der katholischen Bevölkerung zwischen 41 und 77 Prozent, über 70 Prozent beträgt er nur in zwei Wahlkreisen. Im Oberschlesien hingegen bewegt sich der Anteil der katholischen Bevölkerung zwischen 59 und 95 Prozent; in neun, also in drei Vierteln der zwölf oberschlesischen Wahlkreise, beträgt er über 90 Prozent. Hat also hier erst einmal das Polentum den Sieg errungen, so ist es nicht wieder herauszubringen.

In diesem Sinne also können wir die Aufstellung nationalpolnischer Kandidaten bei den gegenwärtigen Wahlen nur begrüßen. Diesmal werden die Nationalpolen doch wohl höchstens zwei ihrer Bewerber durchbringen; das bedeutet für das Deutschtum noch keine Katastrophe, wird aber ein ausreichendes Warnungszeichen für die preußische Regierung sein.

Deutsches Reich.

-|- **Berlin**, 28. März. (Splitter und Balken.) Im Wahlkreise Lübeck schien eine Einigung der bürgerlichen Parteien auf eine gemeinsame Kandidatur zustande kommen zu sollen, wenigstens hatten sich Liberale und Freisinnige auf einen volksparteilichen Kandidaten geeinigt. Die Nationalsozialen aber wollen auf das Kartell nicht mit eingehen, sondern einen eigenen Bewerber aufstellen. Ein hervorragendes freisinniges Organ bemerkt dazu: „Die Haltung der Nationalsozialen hat sehr verstimmt. Ein Zweck ist nicht recht einzusehen; denn wie die Dinge liegen, kann es sich bei ihnen nur um eine Zählkandidatur handeln.“ Das ist richtig; denn bei den letzten allgemeinen Wahlen haben die Nationalsozialen nur ganze 64 Stimmen in Lübeck erhalten. Aber selbst wenn sie bei weitem mehr Stimmen bekommen hätten, so würden auch wir ihre Hintertreibung des Kartells im Interesse des Kampfes gegen die Sozialdemokratie lebhaft bedauern. Auf der andern Seite aber müssen wir sagen, daß die freisinnige Volkspartei in anderen Fällen genau so verfährt, wie die Nationalsozialen in Lübeck. So lehnen es beispielsweise die Freisinnigen in Magdeburg ab, für eine nationalliberale Kartellkandidatur einzutreten, und wollen einen eigenen Bewerber aufstellen, der laut einer von dem fortschrittlichen Wahlverein in Magdeburg angenommenen Resolution „günstige Aussichten“ hat. Die Freisinnigen haben aber bei den letzten allgemeinen Wahlen in Magdeburg nur 4200 Stimmen aufgebracht und sind damit nur um 500 Stimmen über die Antisemiten hinausgekommen, während die Nationalliberalen mit 10 688 Stimmen nahezu 3000 Stimmen mehr erhielten, als diese beiden Parteien zusammen genommen. Daraus ergibt sich, daß nur ein nationalliberaler Kandidat Aussicht auf Erfolg gegen die Sozialdemokratie haben kann, und deshalb ist die volksparteiliche „Eigenbrödlerei“ in Magdeburg nicht um ein Haar besser, als die nationalsoziale in Lübeck.

s. **Berlin**, 28. März. (Generalstreik, Anarchismus und Spitzeltum.) Das Gewerkschaftsorgan „Metallarbeiter Zeitung“ hat den Generalstreik mit dem „Spitzeltum“ in eine Verbindung gebracht, die das Blatt bald bereuen dürfte. Gelegenheit dazu gab der „Metallarbeiter Ztg.“ eine von Siegfried Nacht verfaßte Schrift über den Generalstreik und die soziale Revolution —, eine Schrift, deren Radikalismus ein Organ der sozialdemokratischen Gewerkschaften allerdings leicht zu dem beliebten Mittel greifen lassen konnte, sie als das Werk eines Spitzels auszugeben. Siegfried Nacht liefert nämlich vom Generalstreik folgende Definition: „Die Idee des Generalstreiks besteht darin, im ganzen Lande jede Produktion, Kommunikation und Konsum für die herrschenden Klassen mit allen Mitteln zu unterbrechen und zwar für die Zeit, die notwendig ist, um